

GESELLSCHAFT

Außenpolitische Aktivitäten des Regierungschefs rufen Zweifel hervor

Premierminister Robert Fico, aber später auch Außenminister Ján Kubiš „gelang es“ auf sich durch einige umstrittenen Aktivitäten im außenpolitischen Bereich aufmerksam zu machen. Der Premier veranstaltete oder plante Treffen mit Vertretern undemokratischer Regimes. Der erste Schritt dieser Art war die Teilnahme an Feierlichkeiten der kubanischen Revolution, danach kamen Pläne von Reisen nach China und Libyen (und im Spiel war und ist vielleicht noch ein Besuch in Venezuela).

Der Premier verteidigt die Sinnhaftigkeit seiner seltsamen außenpolitischen Aktivitäten durch wirtschaftliche Interessen:

- Er möchte auf die ehemalige Kooperation der Tschechoslowakei mit diesen Ländern anknüpfen, weil er sich auf gute Beziehungen der Tschechoslowakei mit den genannten Ländern in der Vergangenheit verlässt. Man sollte aber darauf hinweisen, dass es sich um frühere partnerschaftliche Beziehungen der sozialistischen Tschechoslowakei mit linksgerichteten und dabei undemokratischen Regimes handelt.
- Er kann versuchen, die Schuld Libyens gegenüber der Slowakei (etwa 4 Mld. Sk) einzuziehen. Dies sollte aber nicht die Agenda des Premiers sondern niedrigerer Ebenen der Staatsverwaltung sein.
- Er überlegt wohl die Möglichkeit der Einfuhr von Energierohstoffen, bislang ist dies aber kaum eine reale Vision. Der Bedarf nach Diversifizierung der Energieressourcen in der Slowakei ist offensichtlich, es wurde aber keine Diversifizierungsstrategie mit Beteiligung von Libyen oder Venezuela präsentiert.
- Laut seinen Worten möchte der Premier für die Handelskooperation „politisch die Tür öffnen“. Er erntete aber massive Kritik, weil er seine Aktivitäten in der Außenpolitik auf Länder orientiere, in denen Menschenrechte verletzt werden, die keine guten Beziehungen mit der EU haben und im Fall von Venezuela sei es gar nicht wahrscheinlich, dass es ein gutes Potenzial für Außenhandel und Wirtschaftskooperation gäbe.

In eine seltsame Lage geriet jedoch auch Außenminister Ján Kubiš und gleich in zwei Fällen:

- 1) Unstimmigkeit im Standpunkt des Außenministers und des Premiers in Sachen Aufstellung von Radarstationen der NATO in Mitteleuropa. Minister Kubiš hält die Aufstellung von Radarstationen in der benachbarten Tschechischen Republik für einen Beitrag zur gemeinsamen Sicherheit, Premier Fico erklärte daraufhin, dass er wohl gegen solche Stationen in der Slowakei wäre.
- 2) Diskrepanz beim Standpunkt des Außenministers gegenüber der Meinung der meisten politischen Parteien beim Statut von Kosovo. Minister Kubiš hat auf unvorsichtige und undiplomatische Weise die Volksabstimmung in Serbien in Frage gestellt und sich für die Selbstständigkeit Kosovos geäußert. Die großen im Parlament vertretenen Parteien sind aber in dieser Frage viel zurückhaltender und würden die Selbstständigkeit von Kosovo lieber mit einer Zustimmung Serbiens verbinden. Die slowakische Diplomatie ist in diesem Fall in eine isolierte Lage ohne wesentliche heimische politische Unterstützung geraten.

ÜBERSICHT

GESELLSCHAFT

- Außenpolitische Aktivitäten des Regierungschefs rufen Zweifel hervor.....1
- Anstehender Kampf und Gestalt des Arbeitsrechts.....2
- Schwindet traditioneller Pessimismus?.....2

WIRTSCHAFT

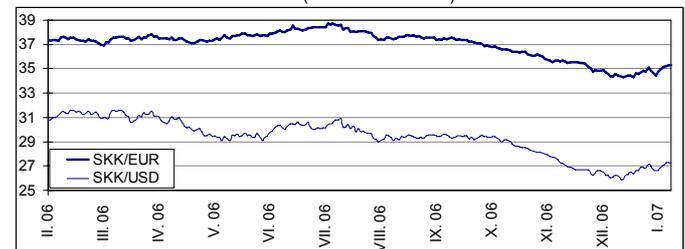
- Kontroverse Elemente bei Bewertung der Konkurrenzfähigkeit slowakischer Wirtschaft.....2
- Ein stärkeres Reallohnwachstum ist zu erwarten.....2
- Expansion der Fahrzeugproduktion in der Automobilindustrie zum Jahresende.....3
- Inflationsrate wesentlich gefallen, muss aber noch mehr sinken.....3
- Arbeitslosenrate fiel bis auf fast 9%.....3

KOMMENTAR

- Ängstigung der Sparer seitens der Regierung.....3

ÖKONOMISCHE KENNZIFFERN

Die SKK/EUR und SKK/USD Kursen (II. 2006 – I. 2007)



Quelle: NBS

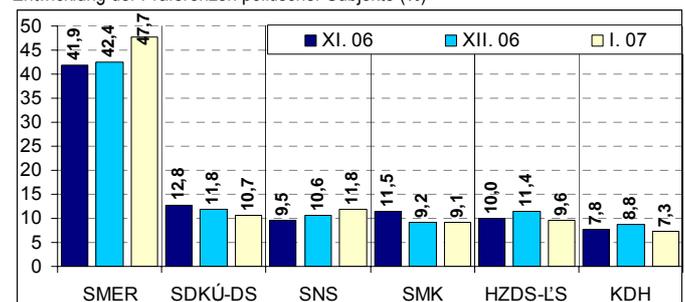
	2002	2003	2004	2005	2006*	2007*
BIP-Wachstumstempo (% real)	4,4	4,2	5,5	6,1	8,0*	7,5*
Inflation (CPI)	3,3	8,5	7,5	2,7	4,5	2,8*
Arbeitslosigkeit***	18,5	17,4	18,1	16,2	13,6*	13,1*
Ausland. Invest. (mill.USD)	3965	1060	1024	649	1600*	900*
SKK/USD	45,3	36,8	32,3	31	30,6	29,2*
SKK/EUR	42,7	41,5	40	38,6	37,5	36,0*

* die M.E.S.A.10 Vorhersage;

*** nach der Auswahlermittlung der Arbeitskräfte

MEINUNGSUMFRAGEN

Entwicklung der Präferenzen politischer Subjekte (%)



Quelle: Institut für Meinungsumfragen beim Statistikan der Slowakischen Republik

GESELLSCHAFT

Anstehender Kampf und Gestalt des Arbeitsrechts

Die Regelung arbeitsrechtlicher Vorschriften gehört zu den Prioritäten vor allem der stärksten Koalitionspartei Smer-SD. In den letzten Wochen kamen konkrete Vorschläge auf den Tisch. Daraus ist noch nicht die endgültige Gestalt der Regeln zu ersehen, man sieht jedoch die Vorstellung der Regierung.

Novelle des Arbeitsgesetzbuches

Das Ministerium für Arbeit legte zwei Novellen des Arbeitsgesetzbuches vor, welche von der Regierung als „Gesetz des Jahres“ gesehen wird. Eine treffende Charakteristik der Grundphilosophie der Änderungen ist nur schwer möglich. Die Änderung des Gesetzbuches ist nicht radikal. Statt einiger erheblicher sind eher viele kleinere Änderungen zu sehen, von denen der wesentliche Teil „unauffällig“ ist. Einige Anpassungen wirken „linksgerichtet“ im Sinne der Stärkung der Arbeitnehmer- und Gewerkschafterposition, manche Änderungen wirken wieder relativierend. Die Autoren wählten einen vorsichtigeren Zutritt, der Abstand von politischer Rhetorik nimmt.

Mehr Kraft für Gewerkschaften

Der Entwurf des Gesetzes über dreiseitige Konsultationen auf landesweiter Ebene kreiert den Wirtschafts- und Sozialrat der SR, legt dessen Zusammensetzung, Organe und Tätigkeit fest. Der Gesetzesentwurf stärkt das Prinzip der zentralisierten Kollektivverhandlung, das aber

veraltet ist. Progressiver ist eine dezentralisierte Verhandlung, welche auch die Besonderheiten der Region, Branchen und einzelner Unternehmen berücksichtigen kann. Die Regierung deklariert den Aufbau der Kennntniswirtschaft zur Priorität. Gerade der Aufbau der Kennntniswirtschaft benötigt einen flexiblen Arbeitsmarkt und dezentralisierte Verhandlung: Kennntniswirtschaft braucht viele innovative Unternehmen. Innovatives Geschäft ist riskant, unbeständig und ist mit zentralisierten Verhandlungen schwer zu vereinen. Die vorgeschlagene Novelle des Gesetzes über Arbeitsschutz enthält strengere Sanktionen bei Nichteinhaltung von Vorschriften über Arbeits- und Gesundheitsschutz und basiert ebenfalls auf einer Stärkung der Arbeitnehmervertreter.

Alle vorgeschlagenen Maßnahmen zur Regelung arbeitsrechtlicher Vorschriften tragen eher zur Minderung der Arbeitsmarktflexibilität, sie besitzen jedoch keine Radikalität, wie dies aus der Rhetorik einiger Regierungspolitiker hervorgehen würde. Sie sollten keine dramatischen Komplikationen für Arbeitgeber bedeuten.

Schwindet traditioneller Pessimismus?

Nach den Resultaten der Umfrage des Meinungsforschungsinstituts (ÚVVM) beim Statistikamt der SR ist Ende 2006 die Anzahl von Personen, die das Jahr 2007 mit Pessimismus vernehmen (im Sinne einer Verschlechterung ihres Privatlebens im

Vergleich zum Vorjahr) erheblich gesunken. Dagegen ist die Anzahl der Optimisten wesentlich gestiegen. Im Dezember 2006 gaben nur 8% der Befragten an, eine Verschlechterung ihrer Situation zu erwarten (2003 waren es z.B. noch 38%, 2005 noch 23%). Der Anteil jener, die eine Verbesserung eigener persönlicher Lage erwarten, stieg auf ein historisches Maximum von 35% (24% im Vorjahr). Obwohl der ÚVVM nicht ausdrücklich nach der materiellen Seite der Lage einzelner Personen fragte, ist es sehr wahrscheinlich, dass die Befragten gerade diese berücksichtigten. Der Anstieg des Optimismus in den Erwartungen der Bürger ist wohl mit der Zusammenwirkung zweier Faktoren zu erklären:

- Objektiver Faktor sind die guten Entwicklungstendenzen der Arbeitsmarkt- und Einkommensparameter.
- Subjektiver Faktor sind die Reaktionen auf die Standpunkte der Regierung. Deren paternalistische und interventionistische Haltung wirken sich wohl auf das Ansteigen positiver Erwartungen der Bevölkerung hinsichtlich ihrer persönlichen Lage aus. Dieser Faktor ist durch auffällige Änderung der Haltung von Befragten im Vergleich zum Jahr 2005 nachzuweisen, obwohl sich die objektiven Faktoren nur mäßig geändert hatten.

Bei Überlegungen über die künftige makroökonomische Entwicklung muss in Betracht genommen werden, dass der Anstieg optimistischer Erwartungen von einer steigenden Tendenz zum Konsum begleitet werden kann.

WIRTSCHAFT

Kontroverse Elemente bei Bewertung der Konkurrenzfähigkeit slowakischer Wirtschaft

Die Position der Slowakei in der Weltbankrangliste der Konkurrenzfähigkeit war 2006 zwar keine Überraschung, es kamen jedoch einige Problemunkte in der Bewertung auf. Vor allem befindet sich die Slowakei auf Rang 36 von 175 bewerteten Ländern innerhalb der Bewertung der Weltbank (Doing Business 2007). Die aktuelle Rangliste von Ländern mit dem besten Unternehmerrumilieu wird von Singapur angeführt, gefolgt von Neuseeland und den USA. Unter den ersten zwanzig Ländern erscheinen auch 2 neue Mitgliedsstaaten der Europäischen Union – Litauen (16) und Estland (17). Gute Ergebnisse erreicht die Slowakei bei der Bewertung der Zugänglichkeit von Kreditressourcen (13. Platz) oder der Registrierung von Eigentum (5. Platz). Als Barriere von mehr Konkurrenzfähigkeit erscheint die Einforderbarkeit von Verträgen, der Aufwand bei Geschäftsbeginn, der Investorenschutz aber auch die Steuerpflichten oder Beschäftigung. Die ungünstige Position im Bereich von Steuerverpflichtungen (Rang 114.) ist angesichts der Steuerreform, die ab 2004 das

Steuersystem vereinfachte und die Steuerbelastung verringerte, eine Überraschung. Die slowakische Wirtschaft verliert jedoch wegen angeblichen Verwaltungsaufwands bei Versteuerung (viele Handlungen) und große Anzahl von Zahlungen). Rang 72. beim Beschäftigungs-, bzw. Einstellungsaufwand ist angesichts der Novelle des Arbeitsgesetzbuches aus dem Jahr 2003 mit dem Ziel einer größeren Arbeitsmarktflexibilität ebenfalls eine Überraschung. Trotzdem werden der slowakischen Wirtschaft starre Arbeitszeitregelungen oder der Aufwand bei Entlassung eines Arbeitnehmers vorgeworfen. Es scheint, als ob die Autoren der Rangliste die Steuer- und Arbeitsmarktreform nicht berücksichtigt hätten, bzw. als ob diese Reformen keinen wesentlichen Einfluss bei der verwendeten Bewertungsmethode gehabt hätten. Die anderen Länder der V4 rangieren jedenfalls weit hinter der Slowakei – die Tschechische Republik erreichte Platz 52, Ungarn 66 und Polen sogar Rang 75.

Ein stärkeres Reallohnwachstum ist zu erwarten

In der Tagespresse erschienen wiederholt Berichte bezüglich Annahmen eines erwarteten äußerst starken Reallohnwachstums im Jahr 2007. Diese Annahmen können als berechtigt bezeichnet werden. Es ist wahrscheinlich, dass das Reallohnwachstum tatsächlich hoch ausfallen wird, unseren Schätzungen nach erreicht es mindestens 4,8%. Warum dies? Es kommt zur Kombination eines erheblichen Rückgangs der Inflationsrate bei weitestgehend erhaltenem Wachstum des durchschnittlichen Reallohns. Das Wachstumstempo der Reallohne ist träge und reagiert nicht sofort auf eine wesentliche Verlangsamung der Preissteigerungen. Sollte daher das Wachstum des Preisspiegels von 4,5% im Jahr 2006 auf etwa 2,7% im Jahr 2007 zurückgehen, wird dies keine Verlangsamung des Wachstumstempos bei Nominallöhnen im gleichen Verhältnis bedeuten. Darüber hinaus schuf die in letzten Jahren umgesetzte Wirtschaftspolitik ein sehr gutes Potenzial für ein Wachstum der Arbeitsproduktivität. Allmählich steigt auch der

Wert verwendbarer Arbeitskraft. Die Summe dieser Faktoren reicht bei weitem für die Erwartung, nach der sich das Reallohnwachstum 2007 spürbar beschleunigt.

waren es 17,9%), ein untrügliches Zeichen dafür, dass der Großhandel nach seiner Krise (1999-2003) imstande war, von „den Toten auferstehen“.

Stroms nach Stilllegung einiger Reaktoren in den Kernkraftwerken.

Arbeitslosenrate fiel bis auf fast 9%

Ein rekordmäßig starker Anstieg der Beschäftigten im Jahr 2006 (Wachstum um 85 000 Personen in den ersten drei Quartalen) widerspiegelte sich im weiteren Rückgang der Arbeitslosenrate. Die Arbeitslosenrate unterschied sich im Wesentlichen je nach Erhebungsmethode, die Tendenz war aber jedenfalls fallend. Arbeitsämter gaben den Rückgang bis an die Grenze zu 9% an (9,1% im November 2006, 9,4% im Dezember), die durch Auswählerhebung von Arbeitskräften gewonnenen Daten des Statistikamtes der SR bewegten sich um 3 bis 4 Prozentpunkte höher (12,8% im dritten Quartal 2006). Die Differenz zwischen den beiden Arbeitslosenraten ist durch die unterschiedliche Methodik sowie durch eine andere Aussagekraft gegeben. Die Arbeitsämter können die Angabe darüber vermitteln, wie viel Personen als Arbeitslose registriert sind. Auswählerhebungen von Arbeitskräften gewähren Daten darüber, wie viel Personen von sich behaupten, keine bezahlte Arbeit zu haben. Ein höherer mithilfe der Auswählerhebung ermittelter Wert der Arbeitslosigkeit besagt, dass es eine zahlreiche Gruppe von Personen gibt, die zwar nicht in den Arbeitslosenregistern der Arbeitsämter geführt wird, die aber nach eigenen Angaben keine Arbeit hat. Die Werte der Arbeitslosenrate klaffen erheblich seit 2003 infolge wesentlich strengerer Bedingungen für eine Weiterführung in den Arbeitslosenregistern auseinander. Beide Methoden haben somit ihre Bedeutung und es ist überflüssig sich mit der Frage zu befassen, welche Rate denn „besser“ sei.

Inflationsrate wesentlich gefallen, muss aber noch mehr sinken

Wenn die Slowakei 2009 den Euro einführen soll, muss 2007 die Inflationsrate radikal sinken. Die Regierung und die Nationalbank beginnen wahrscheinlich einen Kampf um jedes zehntel Prozent Inflationsrate. Im Januar 2007 erreichte der Wert der zwischenjährigen Inflation 3,0%, eine Verbesserung gegenüber 4,1% im Januar 2006. Die Inflationsrate muss aber allmählich mindestens um weitere drei zehntel Prozent sinken, damit die slowakische Wirtschaft das Maastrichter Inflationskriterium zur Übernahme der gemeinsamen Währung erfüllen kann. Chancen dafür gibt es: Auch eine relativ stärkere Krone, die nicht erfolgte regelmäßige Steigerung regulierter Preise am Jahresanfang, Minderung des Mwst. Satzes bei Arzneimitteln und Gesundheitsartikeln sowie der niedrigere Rohölpreis zu Beginn des Jahres 2007 gegenüber 2006 – das alles begünstigt einen Rückgang der Inflationsrate. Es gibt aber auch Risikofaktoren. Zum Beispiel kann ein starkes langfristiges Wachstum heimischer Nachfrage (wie von uns in der Slowakei festzustellen ist) kann sich auf das Preiswachstum im Sektor handelsfähiger Waren (dort kann nämlich der Anstieg heimischer Nachfrage nicht problemlos mit Import abgedeckt werden) auswirken. Ein anderer Risikofaktor (der aber 2007 noch keine Wirkung zeigen muss) ist der Anstieg des Wertes, der Kostbarkeit elektrischen

Tabelle 1: Prädiktion des Nominallohnwachstums

Faktoren, die Lohnwachstum bewirken	Faktoren, die Lohnwachstum bremsen
Anstieg des Wertes – Seltenheit der Arbeitskraft, Intensivierung des Bewerbs von Arbeitgebern um hochwertige Arbeitskraft	Relativ niedrige Inflationsrate (zumindest für Verhältnisse der SR) seit 2005 – wird allmählich in Lohnverträgen ihren Niederschlag finden
Trägheitseffekt beim Wachstumstempo von Nominallohnen	
Druck auf Anhebung des Minimallohns seitens der Regierung	
Wahrscheinliches hohes Wachstum der Arbeitsproduktivität	

Wachstumstempo der Löhne wird nur mäßig nachlassen, von geschätzten 8% 2006 auf 7,6% 2007

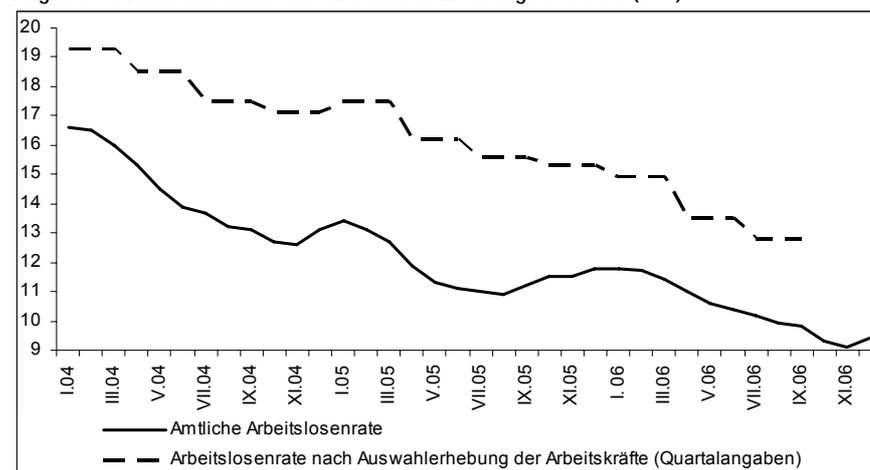
Expansion der Fahrzeugproduktion in der Automobilindustrie zum Jahresende

Die Entwicklung aller wichtigen Produktionskennzahlen war 2006 günstig. Anteil am zwischenjährigen Wachstum der Bauproduktion im Dezember bis um 17,6% hatten auch die ungewöhnlich günstigen klimatischen Bedingungen zu Jahresende. Für das gesamte Jahr 2006 wurde ein Wachstum der Bauproduktion um 14,8% verzeichnet. Das ist nahezu das gleiche Ergebnis des Bauproduktionswachstums wie im Jahr 2005 (damals waren es 14,7%). Das zwischenjährige Wachstum der Industrieproduktion erreichte (für das ganze Jahr 2006) einen Wert von 9,9%, wieder eine fast identische Zahl wie jene des Jahres 2005 (9,8%). Was aber 2006 anders ist, ist die besondere Dynamik der Industrieproduktion in der Fahrzeugindustrie am Jahresende: Der Dezemberanstieg in dieser Branche erreichte zwischenjährig durch den Produktionsanlauf in den neuen Automobilwerken bis zu 73,5%.

Die Dynamik der Industrieproduktion (die erwähnten 9,9%) ist die höchste seit diese Kennzahl überhaupt verfolgt wird (seit 1999).

Das Wachstumstempo der Einzelhandelseinnahmen blieb zwar hinter dem Wachstum der Industrie- oder Bauproduktion zurück, das gesamte Jahresergebnis von 8,3% (und zwar in fixen Preisen) ist ebenfalls sehr günstig (im Jahr 2005 waren es 9,7%). Besser ist das Resultat im Großhandel: Das Einnahmenwachstum im gesamten Jahr in fixen Preisen endete auf einem Wert von 14,4% (2005

Diagramm 1: Arbeitslosenrate nach alternativen Erhebungsmethoden (in %)



KOMMENTAR

Ängstigung der Sparer seitens der Regierung

von Karol Morvay (morvay@mesa10.sk)

Um weitere Sympathien der Öffentlichkeit zu gewinnen und ihre machtpolitische Kontrolle von Finanzflüssen geltend zu machen tischte die Regierung ein gefährliches Thema auf.

Premierminister Robert Fico und andere Politiker der Regierungskoalition verbreiten Sorgen um die Ersparnisse in den Pensionsfonds. Die „Ängstigung“ durch die

Regierung stützt sich auf zwei Argumente: 1) Die Pensionsfonds investierten Ersparnisse der Bürger in risikoreiches Kapital und 2) die Gesetzgebung bezüglich des Rentensparens

garantiere nicht den Bürgern hundert Prozent ihrer Einlagen. Diese Argumente bauen auf Mythen und Fehlern:

1. Der Mythos über das Investieren ins Risikokapital. Robert Fico verwendet häufig den Begriff Risikokapital, er verlässt sich wohl auf die abschreckende Wirkung dieser Wortverbindung auf die breite laienhafte Öffentlichkeit. Das Gesetz über Altersrentensparen legt äußerst detailliert fest, worin die Rentenverwaltungsgesellschaften investieren können. Dieser Teil des Gesetzes zwingt fast zu über vorsicht beim Investieren. Risikokapital ist ein zur Verwertung in riskanten Projekten bestimmtes Kapital. Keine Rentenverwaltungsgesellschaft kann es sich leisten, in solche Aktivitäten zu investieren. Das Gesetz besagt ganz eindeutig, dass die Verwaltungsgesellschaften nur Wertpapiere mit einem Rating im Investmentbereich (also keineswegs im Spekulationsbereich) einkaufen können. Laut Auffassung des Regierungschefs ist jedoch Risikokapital praktisch jedes Kapital, mit dessen Umgang irgendein Risiko verbunden ist. Und das ist im Grunde genommen jedes Kapital.

2. Der Mythos hinsichtlich der Art und Höhe der Garantie. Robert Fico bezweifelte die staatliche Garantie dadurch, dass für die Ersparnisse der Bürger in den Rentenfonds „lediglich“ die Sozialversicherung mit ihrer Solidaritätsrücklage garantiert. Und diese kann nach seiner Auslegung gleich null sein, der Staat garantiert daher überhaupt nicht. Das Gesetz über Sozialversicherung besagt aber was anderes: „Im Falle der Zahlungsunfähigkeit eines der Basisfonds gewährt der Staat der Sozialversicherung eine Finanzhilfe. Sollte es aufgrund der Zahlungsunfähigkeit der Solidaritätsrücklage nicht möglich sein, den durch das Handeln der Rentenverwaltungsgesellschaft verursachten Schaden abzudecken gewährt der Staat der Sozialversicherung eine Finanzhilfe“. Es wird also nicht nur mit der Solidaritätsrücklage garantiert. Es garantiert nicht nur die Sozialversicherung, es haftet der Staat.

3. Fehler hinsichtlich der Haftungsbedingungen. Die Haftung ist doppelt: Beim schlechten Investieren (also niedrigen oder keinerlei Erträgen aus dem investierten Kapital bei Einhaltung des Gesetzes) ist der Begründer der Rentenverwaltungsgesellschaft verpflichtet, Kapital in den Rentenfonds nachzuschließen. Falls die Verwaltungsgesellschaft gesetzwidrig handelt, haftet der Staat (wie oben erwähnt). Ganz zu schweigen von der Aufsicht der Nationalbank der Slowakei, der Kontrollvollmacht des Depositors (d.h. der Bank, welche die Finanztransaktionen vollzieht) oder von der Kontrolle durch externe Rechnungsprüfer.

Ein Szenario, nach dem die Ersparnisse in den Rentenfonds ähnlich wie die Ersparnisse in den Händen der bankrott gegangenen Nichtbankinstitutionen enden würden, wie Robert Fico die Öffentlichkeit schreckt, kommt absolut nicht in Frage. Die Nichtbankinstitutionen, deren Pleite viel Aufsehen auch auf der politischen Szene bewirkte,

waren praktisch durch niemanden reguliert. Die Rentenfonds sind jedoch der Finanzmarktbereich mit der strengsten Regulierung. Wenn jemand die Sicherheit von Ersparnissen in den Rentenfonds anzweifelt, dann könnte er eigentlich auch die Sicherheit von Ersparnissen in Banken anzweifeln. Die Banken können doch das Geld auf den Konten gleichermaßen in „Risikokapital“ platzieren (wie es Robert Fico meint). Die Ängstigung durch nicht vorhandene Sicherheit von Ersparnissen ist von der Regierung äußerst ungeeignet. Man kann nur raten, ob dies ein Ergebnis grober Unwissenheit oder kühlen Kalküls ist.

Streit um weiteren Kurs des Rentensystems

Mit dem Schutz des Regelwerkes bei Erhaltung der zweiten Säule des Rentensystems griff die Opposition eine wesentliche Gelegenheit für ihre Initiative auf. Diese Gelegenheit öffnete sich durch vernebelnde und beunruhigende Äußerungen der Koalitionspolitiker zur Ausrichtung des Rentensystems (siehe Kommentar). Dadurch wurde das Bestehen der von der vorherigen Regierung von Mikuláš Dzurinda umgesetzten Rentenreform in Frage gestellt.

Das Rentensystem in der Slowakei besteht aus drei Säulen, wobei die Erste auf einem obligatorischen Umlagesystem basiert, die Zweite ist ein obligatorisches Kapitalstocksystem (Pflicht für die, die zum ersten Mal einen Beruf ergreifen) und die Dritte ein freiwilliges Kapitalstocksystem. Es geht um ein modernes, Solidarität und Verdienst verbindendes System, das die Auswirkungen der nahenden demografischen Krise (Bevölkerungsalterung) mildern kann.

Zweifel am System seitens der Regierungspolitiker wurden überwiegend auf den folgenden drei Ebenen artikuliert:

- Zweifel am Satz. Die Abgabehöhe ins Rentensystem beträgt 18% des Bruttoeinkommens, diese wird im Verhältnis von 9:9% zwischen die erste und zweite Säule geteilt. Gerade dieses Verhältnis wird von Kritikern in Frage gestellt, die Regierungspolitiker hätten lieber einen höheren Prozentsatz zugunsten der öffentlichrechtlichen ersten Säule (es würde mehr Geld unter Aufsicht der Regierung fließen) und einen niedrigeren Prozentsatz für den Kapitalstock gesehen.

- Infragestellen der Abgabepflicht in die zweite Säule. Die Koalitionspolitiker stilisieren sich in eine Lage, in der sie den Bürgern freiwillige Abgaben in die zweite Säule vergönnen. Es entsteht somit eine seltsame Situation, wenn eine auf wirtschaftspolitischem Interventionismus basierende politische Partei den Bürgern

die Freiheit der Wahl bietet, während liberale oder konservative Parteien jene sind, die den Bürger zu etwas zwingen. Auf den ersten Blick vielleicht eine politologische Kuriosität. Das Problem besteht aber darin, dass die Regelung hin zur Freiwilligkeit die Effektivität und Sinnhaftigkeit des Systems gefährdet. Die jetzige Teilnahme des Bürgers an beiden obligatorischen Säulen teilt das Risiko seiner Altersrentenhöhe zwischen die Leistungsfähigkeit des Arbeitsmarktes und die jene des Kapitalmarktes. Die Teilnahme an beiden Säulen wirkt logischerweise stabilisierend und wirkt Risiken entgegen. Der Übergang zur Freiwilligkeit gefährdet zusätzlich die umgesetzten Investitionsstrategien der Rentenverwaltungsgesellschaften und gefährdet auch die Ertragsfähigkeit. Wegen der Senkung der Risiken muss mit großen Ressourcenvolumina und viel Diversifizierung bei Investitionen gearbeitet werden.

- Infragestellen der Sicherheit (siehe auch Kommentar). Koalitionspolitiker beunruhigten die Öffentlichkeit mit der Behauptung, dass ihre Ersparnisse zu „Risikokapital“ wurden. Hier geht es aber um eine (absichtliche oder zufällige?) falsche Interpretation des Begriffs „Risikokapital“. Außerdem schreckt die Regierung die Leute dadurch, dass die Ersparnisse der Bürger in private Gesellschaften transferiert werden, wobei diese Privatgesellschaften negativ dargestellt werden (als ein parasitisches Element im System).

Die Opposition (vor allem SDKÚ-DS) positionierte sich als Verteidiger der Bürger, die in die zweite Säule sparen. Sie legten einen Entwurf eines Verfassungsgesetzes vor, der die Unabänderlichkeit der Regeln für das Sparen in der zweiten Säule festlegen soll. Der Entwurf wurde zwar nicht genehmigt, führte aber zu sehr anspruchsvollen fachlichen und politischen Konfrontationen. Die parlamentarische Opposition (die vor einigen Jahren in der Position regierender Parteien die Pensionsreform durchsetzte) fand nach längerer Zeit ein „heißes Thema“, mit der sie eine breitere Öffentlichkeit ansprechen konnte.

1,5 Millionen Bürger traten der zweiten Säule bei. Die Opposition argumentiert damit, es sei nicht seriös, eine solche Masse an Sparern zum Sparen unter gewissen Bedingungen zu locken und kurz danach diese Bedingungen durch eine politische Entscheidung zu ändern.

Die Bestrebungen der Koalitionspolitiker entspricht dem Gesamtbild der Bemühungen, Kontrolle über Finanzflüsse zu erlangen (das ist auch an der Kampagne gegen private Krankenkassen zu sehen).